



An der Seite der Menschen - Kirche in den Arbeits- kämpfen am Niederrhein



Abb. 49: Von der Entlassung bedrohter Stahlarbeiter aus Rheinhausen blockieren die Rheinbrücke

Evangelische Kirche am Niederrhein, das bedeutet seit mehr als einem Jahrzehnt: Einmischung in Arbeitskämpfe. Anlaß ist die tiefgreifende Strukturkrise in dieser Region, die von der Kohle- und Stahlindustrie gezeichnet ist.

Wenn traditionelle, das Gesicht der Region und das Leben ihrer Menschen prägende Industriebranchen zu existieren aufhören und die Existenzgrundlage vieler Menschen gleich mit verschwinden lassen, wird

gemeinhin und oft beschönigend von Strukturwandel gesprochen. Strukturwandel besagt allerdings, daß anstelle des Alten Neues entsteht. Doch der Niederrhein befindet sich seit Jahren in einer Strukturkrise, denn die verlorenen Arbeitsplätze konnten auch nicht annähernd ersetzt werden. Die Lebenszusammenhänge der Menschen verändern sich vielfältig, gewachsene Siedlungsgemeinschaften sind zerfallen, gediegene Stadtteile zu sozialen Problemvierteln ge-

Kirche an der Seite der Menschen

worden. Die Menschen erleben Abbruch, aber wenig Aufbruch, sie sind verunsichert und suchen nach Orientierung.

In dieser Krise war und ist die Kirche in besonderer Weise gefordert: seelsorgerlich, missionarisch, diakonisch, politisch. Entscheidend dabei ist vor allem ihre Nähe zu den besorgten Menschen, die öffentliche Solidarität, die intensive Anteilnahme der Gemeinden. Das setzt wiederum den regelmäßigen Kontakt zwischen Gemeinde und Belegschaft voraus. Alles das entwickelte sich im Arbeitskampf gegen die von Krupp im November 1987 angekündigte Schließung des Stahlwerks in Rheinhausen.

Ein Vertragsbruch und seine Folgen

Sechs Monate lang hielt der wohl spektakulärste Arbeitskampf dieser Republik eine Stadt in Atem und fand weit über die regionalen und auch nationalen Grenzen hinaus Beachtung. Eine Indiskretion brachte die Pläne zur Stilllegung eines der modernsten Stahlwerke Europas an die Öffentlichkeit. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, traf sie doch die damals 6.000 Beschäftigten völlig unerwartet. Noch 2 Monate (!) vorher hatte der Betriebsrat nach langen Verhandlungen einem für Rheinhausen schmerzlichen "Optimierungskonzept" zugestimmt, das den Abbau von ca. 2.000 Stellen vorsah. Damit verbunden war die Zusage, den Stahlstandort Rheinhausen langfristig zu sichern. Die Empörung der Stahlwerker über den Bruch dieser Vereinbarungen war enorm und griff schnell auf den gesamten Stadtteil über. Ob Kirchengemeinde oder Kaufleute, Politiker oder Vereine, Schulen oder einzelne Bürger, nahezu alle solidarisierten sich mit dem Kampf der Kruppianer für den Erhalt des Stahlwerks.

Stellvertretend für den Prozeß einer enormen Politisierung vieler Rheinhauser Bürgerinnen und Bürger ist die Gründung der "Fraueninitiative", der überwiegend Hausfrauen angehörten. Sie wurden mit ihrem Slogan "Keiner schiebt uns weg" zu einem Stützpfiler des Arbeitskampfes. Zusammengeführt und organisiert wurde dieser breite Protest im Bürgerkomitee, dessen Sprecher der Friemersheimer Pfarrer Dieter Kelp wurde.

Zweimal pro Woche, jeden Montag und Freitag, versammelten sich an die 1.000 Menschen zu den Sitzungen des Bürgerkomitees in der "Menage", der Kruppischen Kantine. Hier informierte der Betriebsrat die Bürgerschaft, wurde die aktuelle Lage disku-

tiert und wurden Strategien des Protestes verabredet. Hier entstanden eine Vielzahl phantasievoller Aktionen, die in ihrer Kraft und Ausdauer beispielhaft geworden sind für den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Beharrlichkeit ist die Macht der Rheinhauser

Das Bürgerkomitee war das Herz des Widerstandes. Die Zusammenkünfte vergewisserten die Menschen der gegenseitigen Nähe und waren nach außen hin ein beeindruckendes Zeichen der Solidarität. Gleiches gilt auch für die außergewöhnlichen liturgischen Feiern jener Zeit: Der "Brot und Rosen"-Gottesdienst im alten Kruppischen Walzwerk am 18. Dezember 1987 mit 25.000 Teilnehmern, die Christmette vor dem Werkstor, der Sternmarsch der Rheinhauser Gemeinden, der Politische Aschermittwoch in der Werkshalle. Diese und viele weitere gottesdienstliche Beiträge haben die Beharrlichkeit und den Zusammenhalt ganz entscheidend gestärkt, gerade auch in schwierigen Momenten des Müdewerdens und Abbröckelns. Sie haben darüberhinaus vielen Menschen ganz neue Erfahrungen mit Gottesdienst und Kirche vermittelt und sind tief im Gedächtnis nahezu aller Rheinhauser verwurzelt.

Nach genau 160 Tagen und mit einer letzten dramatischen Streikwoche wurde der Arbeitskampf am 3. Mai 1988 mit einer Belegschaftsversammlung beendet. Grundlage war die sogenannte "Düsseldorfer Vereinbarung", die auf Vermittlung von Ministerpräsident Johannes Rau am Vortag unterzeichnet worden war. Darin wurde der Stilllegungsbeschluß für zunächst 3 Jahre ausgesetzt und - was einmalig war - Krupp sicherte vertraglich zu, 1.500 Arbeitsplätze in Rheinhausen zu erhalten oder - im Falle einer späteren Schließung des Werkes - neu zu schaffen.

5 Jahre später die Neuauflage

Doch letztlich war der erreichte Weiterbetrieb ein Pyrrhussieg, denn 1993 wurde die Schließung dann doch vollzogen. Wie 1987/88 wurde auch die Ankündigung der Stilllegung im Frühjahr 1993 von heftigen Protesten begleitet. Allerdings standen die Rheinhauser von vornherein auf verlorenem Posten. Den Hintergrund lieferte die Übernahme des Hoesch-Konzerns durch Krupp im Jahre 1992. Dadurch entstand die Konkurrenzsituation zweier ähnlich struk-



turierter Stahlstandorte im neuen Konzern: Dortmund und Rheinhausen. Der Vorstand von Krupp-Hoesch ließ bald keinen Zweifel daran, daß nur ein Standort gehalten werden sollte. So entstand die verzwickte Situation, daß die Forderung nach dem Erhalt des einen Standortes das Aus für den anderen bedeuten würde. Unter diesem Vorzeichen schlug der Versuch der Solidarisierung beider Belegschaften fehl. Andererseits hatten die Bemühungen der Arbeitnehmervertreter, ein Modell mit beiden Standorten zu entwerfen, nach den Plänen des Konzerns keine Chance.

Wieder lebten die Protestformen von 1987/88 auf. Wieder griff der Kampf der Stahlwerker auf die gesamte Stadt über. Wieder war das Bürgerkomitee Sammelpunkt Hunderter von Bürgern, die für die Zukunft des Stadtteils kämpften. Wieder berichteten die Medien ausführlich über den Widerstand der Rheinhauser. Wieder kam es zu machtvollen Aktionen. Und wieder waren die Kirchen mittendrin im Geschehen. Wie sehr die Kirchengemeinden und Stahlwerker in Rheinhausen zusammengedrückt waren und wie groß das Vertrauensverhältnis mittlerweile geworden war, zeigt beispielhaft der zweiwöchige Hungerstreik von 6 Krupp-Meistern in der Rheinhauser Friedenskirche. Diese dramatische Aktion wurde vom Presbyterium und der ganzen Gemeinde nicht nur geduldet, sondern mitgetragen. Zugleich war aber auch die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Gewerkschaft enger geworden, wofür das Politische Abendgebet in der Erlöserkirche ein bededtes Beispiel ist, an dem Präses Peter Beier mit den Gewerkschaftsvorsitzenden Franz Steinkühler (IG Metall) und Hans Berger (IGBE) teilnahm.

Der Auftritt Peter Beiers belegt im übrigen eine kirchenpolitische Wende. Waren die exponierten Pfarrer und Pfarrfrauen in Rheinhausen vor fünf Jahren noch froh, daß ihnen die rheinische Kirchenleitung nicht in den Rücken gefallen ist, so erfuhren sie nun öffentliche Unterstützung. Wie beispielsweise beim Solidaritäts-Gottesdienst auf dem Essener Weberplatz, in dem die Präses der Rheinischen und Westfälischen Kirche Stellung bezogen. Unter dem Motto "Wandel braucht Zeit" wurde der Schulteranschlag zwischen Rheinhausen und Dortmund und der Zusammenhalt des gesamten Reviers beschworen - pikanterweise genau einen Tag vor der Entscheidung gegen Rheinhausen.

Das endgültige Aus

Doch die Breite und auch die Kraft des ersten Arbeitskampfes konnte nicht mehr erreicht werden. Das hatte auch darin seinen Grund, daß sich die gesellschaftliche Situation entscheidend verändert hatte. Die Arbeitslosenzahlen hatten sich inzwischen fast verdoppelt, in den neuen Bundesländern wurden Arbeitsplätze massenhaft abgebaut, in der gesamten Stahlbranche wurde allorten rationalisiert (bei Thyssen auf der gegenüberliegenden Rheinseite gingen zeitgleich 5.000 Arbeitsplätze verloren). Die Schließung eines Werkes wurde in der Öffentlichkeit nicht mehr als der Skandal empfunden wie noch fünf Jahre zuvor, sondern war, vor allem im Osten, etwas nahezu alltägliches geworden, gegen das sich nur selten großer Widerstand regte. Der verzweifelte Kampf der Kali-Kumpel in Bischofferode gleich danach und von Rheinhausen aus intensiv unterstützt, war die große Ausnahme. Die Losung "Rheinhausen ist überall" war in einem Ausmaß Wirklichkeit geworden, das 1987/88 so noch niemand geahnt hatte.

Unter diesem Vorzeichen konnte es nur noch Ziel sein, die Schließung Rheinhausens möglichst teuer erkaufen zu lassen, d.h. Entlassungen zu verhindern und gute Sozialpläne auszuhandeln. Darüber hinaus galt es, den politischen und moralischen Druck auf Krupp-Hoesch zu verstärken, auch in Zukunft für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Rheinhausen Verantwortung zu übernehmen, also keine Unternehmenspolitik der "verbrannten Erde" zu praktizieren. Während das eine Ziel tatsächlich erreicht wurde, gestaltet sich das andere schwieriger. Von den bereits 1988 zugesagten 1.500 Arbeitsplätzen sind bis 1997 höchstens die Hälfte geschaffen. Das riesige Gelände wartet immer noch auf eine entsprechende Nutzung für Neuansiedlungen, nicht zuletzt weil der Eigentümer Krupp-Hoesch und die Kommunen bzw. das Land NRW sich nicht über den Kaufpreis und insbesondere die Sanierungskosten einigen können.

Konsequenzen aus Rheinhausen

In der Zeit zwischen den beiden Auseinandersetzungen um den Erhalt von Arbeitsplätzen in Rheinhausen hat es im Kirchenkreis Moers wichtige Veränderungen gegeben, das Selbstverständnis und die strukturpolitische Verantwortung von Kirche betreffend. Klar war, nach den Erfahrungen in Rheinhausen konnte nicht einfach wieder zur Tagesordnung



übergegangen werden. Kirche hatte sich in diesen 6 Monaten geöffnet, war ungewohnte Allianzen eingegangen, hatte sich weit aus dem Fenster gelehnt. Die Folge war, daß Kirche, (und das trifft für beide Kirchen zu), in ungekanntem Maße akzeptiert war und ihr viel neues Vertrauen entgegengebracht wurde. Kirche war in diesen 6 Monaten reicher geworden und nun gefordert, mit diesem Schatz zu wuchern, also die gewonnenen Erfahrungen und entstandenen Beziehungen für die weitere Arbeit zu nutzen.

Noch während des ersten Rheinhauser Arbeitskampfes Anfang 1988 waren in den Kirchenkreisen Moers und Duisburg drei Sonderdienststellen für Pastoren im KDA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) besetzt worden. Ab 1992 wurde der KDA fest institutionalisiert und für die gesamte Region zusammengefaßt. Die sechs Kirchenkreise Dinslaken, Duisburg-Nord, Duisburg-Süd, Kleve, Moers und Wesel richteten eine gemeinsame KDA-Regionalstelle mit zwei Pfarrern ein. Durch den KDA gelang eine Verstärkung der kirchlichen Nähe zur Arbeitswelt über das situationsbedingte Engagement hinaus. Nun konnte kontinuierlich der Kontakt zu Großbetrieben, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und anderen Institutionen der Arbeitswelt aufgebaut bzw. vertieft werden. Zum einen entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit vor allem mit den Stahlwerken der Region (Krupp, Thyssen, Krupp-Mannesmann) und den 4 Bergwerken (Kamp-Lintfort, Lohberg, Neukirchen-Vluyn, Walsum) sowie den zuständigen Gewerkschaften IG Metall und IG Bergbau und Energie. Zum anderen befaßten sich die verschiedenen Synoden verstärkt mit strukturpolitischen Problemen und stärkten ihre sozialetische Kompetenz. Im September 1994 wurde eigens eine "Regionalsynode" in der Duisburger Salvatorkirche durchgeführt, auf der über 300 Synodale aus allen 6 Kirchenkreisen des Niederrheins eine grundlegende "Erklärung zum Strukturwandel" verabschiedeten. Ein Zeichen dafür, daß der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt kein bloßes Feigenblatt darstellt, sondern seine Anwaltschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Synoden fest verankert und von ihnen getragen ist. Kirche war ein wichtiger und zuverlässiger Verbündeter der Kumpel und Stahlwerker. Sie ist damit zu einem gefragten Gesprächspartner für Gewerkschaft, Politik und Wirtschaft geworden - nicht nur in den akuten Krisensituationen.

Kirche und Gewerkschaft

Im besonderen zu der IG Metall wuchs ein Vertrauensverhältnis mit vielen engen Kooperationen. Gemeinsam antwortete man im September 1992 auf die ausländerfeindlichen Schandtaten in Rostock, Mölln und überall im Land mit einem 2-tägigen Festival "Freundschaft ohne Grenzen". Tausende von Duisburgern folgten der Einladung von Kirche und Gewerkschaft und feierten auf dem Hochofengelände der ehemaligen Meidericher Hütte ein wahrlich multikulturelles Fest. Mit der Wahl des Veranstaltungsortes wurde zudem dazu beigetragen, alte Produktionsstätten für kulturelle Zwecke wiederzugewinnen, denn heute ist das alte Hüttenwerk der kulturelle Veranstaltungsmittelpunkt Duisburgs. Eine andere Frucht der Zusammenarbeit sind gemeinsame Gottesdienste. Anknüpfend an die Erfahrungen mit "Politischen Nachtgebeten" während der Arbeitskämpfe in Rheinhausen und Kamp-Lintfort wurde die Idee geboren, regelmäßige liturgische Feiern anzubieten, die lebens- und arbeitsweltnahe Themen aufgreifen. Seit 1996 findet jeden 1. Montag im Monat ein solcher Gottesdienst in der Markuskirche Duisburg-Ostacker statt. Dem Trägerkreis, der dieses "Politische Nachtgebet" verantwortet und gestaltet, gehören neben der ev. und kath. Kirche, der Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung der Thyssen Stahl AG sowie die IG Metall Ortsverwaltung an.

Die "Hütte" - ein Lernort für Kirche

In Rheinhausen selbst entstand ein modellhaftes Projekt. Es zeigt, daß die Kirche bereit war, aus ihrem punktuellen Engagement langfristige Lehren zu ziehen. Ein auf Antrag des Kirchenkreises Moers von der Landessynode 1988 aufgelegtes Sonderprogramm für Krisenregionen stellte 3 Millionen DM für diakonische Arbeit in Rheinhausen zur Verfügung. Diese Mittel wurden in den Aufbau eines Bürgerhauses, der "Hütte" investiert. Eingerichtet im ehemaligen IG-Metall-Haus, mit einem Cafe als geselligem Mittelpunkt, verbindet die "Hütte" klassische diakonische Angebote (Sucht-, Schulden-, Alten- und Familienberatung) mit kulturellen und politischen Veranstaltungen.

Ein besonderes Kennzeichen des Hauses ist, daß von Anfang an der Verein "Leben und Arbeiten in Rheinhausen" als Partner in die Trägerschaft mithineingenommen worden ist. In diesem Verein hatten



sich gegen Ende des Arbeitskampfes die meisten Beteiligten zusammengeschlossen, um die neu entstandenen bürgerschaftlichen Aktivitäten zu erhalten und das gewachsene politische und auch künstlerische Potential zu fördern. Mit dieser Kooperation begaben sich Kirche und Diakonie auf einen neuen Weg und betraten ein interessantes Lernfeld. Es war eine völlig unbekannt Form der Zusammenarbeit von Kirche, Stahlwerkern, Gewerkschaftern und Bürgerschaft, mit wichtigen Erfahrungen für alle Seiten. Und mit dem Erfolg, daß das Bürgerhaus, auch nach Auslaufen der Anschubfinanzierung, weiterhin in gemeinsamer Verantwortung von Kirche und Verein betrieben wird. Es ist heute der Mittelpunkt bürgernaher sozialer, kultureller und politischer Arbeit in Rheinhausen.

Vieles hat sich in Rheinhausen verändert in den letzten 10 Jahren - die "Hütte" aber ist, über alle nostalgische Erinnerung hinweg, ein aktuelles Zeichen, daß Kirche sich trotz aller Finanznöte nicht in ihre eigenen Mauern zurückzieht, sondern ihre in Arbeitskämpfen gezeigte Präsenz dauerhaft und strukturell anzulegen bereit ist.

Arbeit und Identität

Die Vorgänge in Rheinhausen waren nur der Anfang einer ganzen Serie von Arbeitskämpfen in der Montanindustrie. Die Krise des anderen Hauptarbeitgebers der Region, des Steinkohlebergbaus, verschärfte die Probleme am Niederrhein in einer Weise, die immer mehr Bewohnern Angst macht. Es sind ja nicht nur die direkten wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die existentielle Nöte hervorrufen, sondern die Strukturkrise hat auch psychologische Auswirkungen. Die Industriearbeit bestimmte die Lebenssituation von Generationen und hat tiefe Spuren im Lebensgefüge und im Lebensgefühl der Menschen hinterlassen. Der Schichtwechsel bestimmte den Lebensrhythmus, gab die Zeiten vor für Familie, Freundschaft und Kneipenbesuch. Hinzu kommt, daß der Verlust des Arbeitsplatzes oder die Schließung eines Betriebes oft auch den Verlust eines Stücks Identität bedeutet.

Gerade in der Montanindustrie ist die Identifikation mit dem Beruf und dem Werk stark ausgeprägt. Bergmann oder Stahlwerker zu sein, das bindet in Traditionszusammenhänge ein, vermittelt trotz aller Maloche auch das Gefühl der Besonderheit, hat kameradschaftliche Kollegialität in der Arbeit und dar-

über hinaus entstehen lassen. Vielleicht ist dies - neben den Möglichkeiten, die durch die Montanmitbestimmung und die großbetrieblichen Strukturen gegeben sind - der entscheidende Grund, warum sich Stahlkocher und Bergleute so sehr zur Wehr setzen, wenn ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind. Und warum die Arbeitskämpfe bei Kohle und Stahl von einer hohen Emotionalität geprägt sind, während sich viele Beschäftigte in anderen Branchen eher in das scheinbar unvermeidliche Schicksal einer betrieblichen Schließung fügen.

Der Kampf der Bergleute

So kam es auch im Bergbau zu heftigem Widerstand gegen den Arbeitsplatzabbau. In fast regelmäßigem Turnus hat die Bundesregierung versucht, die Subvention der heimischen Steinkohleförderung zurückzufahren bzw. ganz auslaufen zu lassen. Im Sommer 1991 kam es erstmals zu größeren Solidaritätsbekundungen des Kirchenkreises Moers, die in einen ökumenischen Gottesdienst einmündeten. 3.000 Leute folgten dem Aufruf "In Sorge um die Region" und begaben sich einem Pilgerzug gleich auf den "Pattberg", einer Halde zwischen den Standorten Kamp-Lintfort und Moers. Die Zusammenlegung der beiden Zechen Friederich-Heinrich und Rheinland zu einem Verbundbergwerk - was faktisch die Schließung einer Zeche bedeutete - konnte nicht abgewendet werden. Die gemeinsamen Erfahrungen zwischen Kirche und Bergbau wirkten allerdings weiter nach. Vor allem behielt man den regelmäßigen Kontakt zueinander. So fand man sich schnell zusammen, als Anfang 1995 erneut geplante Subventionsstreichungen ganze Zechen gefährdeten. Bundesweite Beachtung fand die "Aktion Christus- Kirche", als Bergarbeiterfrauen in die Kamp-Lintforter Christuskirche "flüchteten" und fast sechs Wochen dort blieben. Ein Gotteshaus, für 38 Tage umfunktioniert zu einem alltäglichen "Lebensraum", wo gegessen, geschlafen und diskutiert wurde, das jeden Tag voll war mit Hunderten von Solidaritätsbesuchern und in dem zahlreiche Gottesdienste gefeiert wurden, die unter die Haut gingen. Ebenso wie die ökumenisch gestalteten Christmetten am Heiligabend 1996 an den Mahnwachen aller vier Zechen-Gemeinden der Region. Allein in Kamp-Lintfort versammelten sich spät abends in eisiger Kälte 2.000 Menschen, um in Solidarität mit den Mahnwächtern die Weihnachtsbotschaft zu hören. Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch nie-



Kirche an der Seite der Menschen

mand, daß dieser bisher letzte Arbeitskampf der Bergleute bis in den März 1997 andauern würde. Ähnlich wie in Rheinhausen half die Kirche mit, den langen Atem zu bewahren. Eine Lichterkette zwischen Neukirchen-Vluyn, Moers und Kamp-Lintfort, die Menschenkette quer durch das Ruhrgebiet ein paar Wochen später, die Besetzung der "Brücke der Solidarität" in Rheinhausen: Hier und an vielen anderen kleineren Aktionen waren Kirchenvertreter beteiligt, wie ebenfalls bei der unmittelbar anschließenden Auseinandersetzung.

Denn die Erschütterungen, die der "Druck der Straße" in der Politik auslöste, waren noch nicht ganz abgeklungen, da wurde die nächste Lawine losgetreten. Diesmal legten die Stahlwerker die Arbeit nieder, um gegen die "feindlichen Übernahme" des Thyssen-Konzerns durch Krupp-Hoesch anzugehen. Der von den Banken eingefädelt Coup, durch verdeckten Aktienkauf quasi über Nacht einen ganzen Weltkonzern in ein anderes Unternehmen zu überführen, ist hierzulande ein bisher einmaliger Vorgang - und sagt einiges aus über die wirklichen Machtzentren. Daß damit zugleich jegliche Arbeitnehmer-Mitbestimmung unterlaufen war, ließ die Beschäftigten Schlimmes befürchten. Durch die Wucht der Proteste scheiterte das Unterfangen allerdings relativ schnell und es kam stattdessen zu Fusionsverhandlungen der Unternehmensvorstände.

Trotz wieder einmal erheblicher Arbeitsplatzverluste - im Bergbau bedeutet das die Halbierung der Belegschaft - erreichte das "stürmische Frühjahr 1997" bei Stahl und Kohle zumindest die Hauptziele. Entlassungen im Montanbereich konnten auch weiterhin vermieden werden und zudem wurde die endgültige Zerschlagung des deutschen Steinkohlebergbaus verhindert.

Profil der Kirche

Die Geschichte der Arbeitskämpfe bei Kohle und Stahl am Niederrhein ist für die Kirchen voll von Erfahrungen neugefundener Nähe zu den Menschen, unerwarteter Begegnungen, lebendiger Gottesdienste und Ausstrahlungen auf die alltägliche Gemeindegarbeit. Es ist aber auch die Erkenntnis, wie schwierig es ist, solidarisches Bewußtsein zu fördern. Denn der Zusammenhalt ist auch in Krisenzeiten kein Selbstläufer und Solidarität keine Selbstverständlichkeit - erst recht nicht über die konkrete existentielle Bedrohung hinaus. Diejenigen zu stärken, die gegen

Ungerechtigkeiten aufstehen, hat sich die Kirche in unserer Region zur Aufgabe gemacht. Dieses "politische" Mandat hat sich nicht zufällig ergeben und ist auch alles andere als der angestrenzte Versuch, leere Kirchenbänke zu füllen, schon gar nicht eine blauäugige Instrumentalisierung, sich vor fremde (gewerkschaftliche) Karren spannen zu lassen. Es ist schlicht die Einsicht, daß Kirche an die Seite derer gehört, die zu Opfern von unsozialen politischen oder unternehmerischen Entscheidungen werden. Die Erfahrung zeigt, daß, gegen den Zeitgeist, solidarisches Miteinander ein notwendiges Erfordernis ist. Die Erkenntnis wächst, daß die Aushöhlung des Sozialstaats und die Verabsolutierung des Marktes theologischen Widerspruch herausfordern. In der Frage, ob die Wirtschaft noch dem Menschen dient oder sich nahezu alle Lebensbereiche der Ökonomie unterzuordnen haben, geht es um nichts anderes als um die Entscheidung zwischen Gott und Mammon.

Es ist bei allen kirchlichen Beiträgen immer Zurückhaltung geübt worden, wenn es um die stahl- oder energiepolitische Sachdiskussion geht, ohne einen Zweifel daran zu lassen, daß jede wirtschaftliche und politische Lösung die Interessen der betroffenen Menschen entscheidend berücksichtigen muß. Das heißt nicht, von der hohen Warte aus zu moralisieren, es sich einfach zu machen, indem man gewissermaßen über den sogenannten "Sachzwängen" schwebt. Aber es ist die Sache von Kirche, die grundsätzlichen Fragen nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu stellen, und das nicht im Elfenbeinturm, sondern an den Schauplätzen der konkreten Auseinandersetzungen um Arbeit und Würde.

Diese Sache wahrzunehmen, gehört zum ausgewiesenen Profil der Kirche am Niederrhein.

Jürgen Widera